

## Windenergie: Nervosität in der Windbranche steigt

**Die Branche steht vor dem Umbruch: Die Auftragslage wird dünner, die Gewinne auch. Nun steht eine Fusionswelle bevor, die es in sich haben wird.**

15.08.2017 08:58 Uhr

[Von Frank-Thomas Wenzel](#)

Nur einen Zubau von 2800 Megawatt pro Jahr hat der Bund für Windkraft an Land vorgesehen. Foto: dpa



4,28: Diese Zahl hat es in sich. Sie weist den Weg, wie es mit der Windenergie hierzulande weitergehen wird: Die Branche wird umgekrempelt.

4,28 Cent pro Kilowattstunde. Das ist der durchschnittliche Wert der zweiten Runde der Ausschreibungen für Windenergieanlagen an Land. Man konnte sich für Windpark-Projekte mit einer Gesamtleistung von 1013 Megawatt bewerben – das entspricht fast der Leistung eines Atomkraftwerks. Die günstigsten Offerten kamen zum Zuge. Das Ergebnis bestätigte die positiven Erfahrungen aus von voran gegangenen Ausschreibungen im Offshore- und Photovoltaikbereich, so Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur.

Die 4,28 Cent beweisen erneut, dass es bei den staatlich garantierten Abnahmepreisen für den Strom nur eine Richtung geben kann: nach unten. Positiv für Verbraucher daran ist, dass Öko-Energie rasant billiger wird. Negativ für Windanlagen-Hersteller und deren Zulieferer ist, dass die Kosten in einer nicht erwarteten Geschwindigkeit und Größenordnung gedrückt werden müssen. „Keine Frage, der Kosten- und Innovationsdruck für die Hersteller der Anlagen und ihre Zulieferer wird steigen“, sagt Matthias Zelinger, Geschäftsführer von VDMA Power Systems, in dem Verband haben sich die Maschinenbauer der Windbranche organisiert.

Der Hintergrund: Die große Koalition hat die Förderung des Windstroms umgestellt. Früher legte die Politik im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) fest, wie viel Cent der Betreiber einer Windanlage für jede Kilowattstunde bekommt, die er ins Netz einspeist. In diesem Jahr wurde das Regelwerk auf Ausschreibungen umgestellt. Am 13. April gab die Bundesnetzagentur bekannt, dass Zuschläge mit null Cent erteilt wurden. Genauer gesagt für drei Projekte in der Nordsee, die die

dänische Dong-Energie und die baden-württembergische EnBW in den Jahren 2024 und 2025 realisieren wollen. Ein Überraschungscoup. Die beiden Unternehmen wollen auf eine garantierte Vergütung verzichten und den Nordsee-Strom auf dem freien Markt respektive an der Börse verkaufen – dabei galt Offshore-Wind noch vor Kurzem als teuerste der erneuerbaren Energien. Bei der ersten deutschen Ausschreibung für Windenergie an Land wurden Zuschläge mit einem Durchschnittswert von rund 5,7 Cent pro Kilowattstunde vergeben – auch dieses Ergebnis lag schon deutlich unter den bislang gültigen Vergütungen. Nun die 4,28 Cent.

Es gilt in der Branche nur als eine Frage der Zeit, bis die null Cent auch bei Onshore-Anlagen erreicht werden. Und sogar von Minus-Vergütungen ist bereits die Rede: Projektentwickler zahlen dafür, dass sie die Lizenz zum Aufstellen von Windrädern bekommen.

Denn der Zubau wird rationiert. Nur 2800 Megawatt pro Jahr hat die Bundesregierung für Windkraft an Land für den Zeitraum 2017 bis 2019 vorgesehen. Mühlen mit einer fast doppelt so großen Gesamtleistung wurden aber in der jüngeren Vergangenheit jährlich auf Hügel und Kuppen gestellt. Als weiterer wichtiger Faktor kommt hinzu, dass schon bei der Mai-Ausschreibung fast ausschließlich sogenannte Bürgergesellschaften zum Zuge kamen. Das hat damit zu tun, dass die Bundesregierung Windenergie-Initiativen von Öko-Fans besonders fördern wollte. Ihnen wurden Sonderkonditionen eingeräumt. Um sich bewerben zu können, müssen sie im Gegensatz zu großen Projektentwicklern keine Genehmigungen für ihre Anlagen vorweisen und haben längere Fristen für die Umsetzung der Projekte, nämlich bis zu 54 Monate.

Nur, diese Privilegien haben sich jetzt doch wieder die Vollprofis gesichert, sie haben - völlig legal – Mitarbeiter losgeschickt, die Bürgergesellschaften gegründet haben, die dann mit Branchengrößen zusammenarbeiten. Und nun wurde wieder mit Pseudo-Initiativen getrickst. Laut Netzagentur steckt dahinter ein Volumen von 700 der 1013 Megawatt ein einziger, namentlich nicht genannter Projektentwickler. Es soll sich um die Firma UKA aus Meißen handeln. Sie verschafft sich günstige Optionen für Windparks, mit dem Vorteil, sich bei der Realisierung reichlich Zeit nehmen zu kann. Das spielt in den Kalkulationen eine wichtige Rolle.

Denn es wird darauf gewettet, dass die Turbinenhersteller die Zeit nutzen, um die Leistungsfähigkeit der Windräder deutlich zu steigern und zugleich die Kosten zu drücken. UKA kooperiert seit Jahren mit ganz Großen unter den Turbinenherstellern: Vestas und General Electric. Und die werden künftig höhere Türme liefern, da mit steigendem Abstand vom Boden der Wind immer stetiger weht. Rotorblätter werden immer länger, um die Anlagen auch an Standorten installieren zu können, wo eher laue Lüftchen wehen. UKA hat kürzlich in Brandenburg die weltweit erste Anlage vom Typ V136 von der dänischen Vestas in Betrieb genommen. Die Turbine leistet 3,45 Megawatt. Die Nabe befindet sich in einer Höhe von 149 Meter. Ein Rotorblatt ist 67 Meter lang. Das sind Dimensionen, die bislang nur in der Offshore-Welt möglich waren.

Die neue Größe fürs Binnenland könnte allerdings zum Fluch werden, da es immer schwerer wird, für die schlanken Riesen Standorte zu finden – die Empfindlichkeiten in der Bevölkerung betreffs „Verspargelung“ der Landschaften steigen. UKA-Managern kommt dabei zupass, dass sie vor allem in dünn besiedelten Regionen im Osten aktiv sind. Das Unternehmen ist überdies darauf spezialisiert, Windräder in Wälder zu stellen. Ein „hoher Anteil der Zuschläge“ konzentrierte sich auf den Osten Deutschlands, teilt denn auch die Netzagentur mit und fügt hinzu: Es zeige sich, dass Aspekte der Flächenverfügbarkeit bei der Projektentwicklung eine Rolle spielen.

All dies wird den Druck auf die anderen Anlagenbauer erhöhen. „Dem kann man nur mit Innovationen, wie weitere Industrialisierung der Fertigung, Weiterentwicklung der Anlageneffizienz sowie massiver Digitalisierung und damit weiterer Erhöhung der Verfügbarkeiten entgegen“, betont Zelinger. Dass es da Potenziale gibt, ist unbestritten. So erwartet die Unternehmensberatung

McKinsey, dass sich bei einem konsequenten Einsatz von Karbonverbundwerkstoffen die Kosten für die Rotorblätter bis 2030 mehr als halbieren können. Weitere deutliche Kostensenkungen können nach einer Studie der Denkfabrik Agora Energiewende erreicht werden, wenn die Blätter nicht mehr handwerklich in einem Stück, sondern in Serie in kleineren Modulgruppen gefertigt werden können. Da laufen diverse Projekte bei Herstellern und Forschungseinrichtungen weltweit, doch dies dürfte Forschungs- und Entwicklungskosten in die Höhe treiben. „Die Gewinnspannen werden sinken“, heißt es denn auch bei einem großen Anlagenhersteller. Die Konsequenz heißt Konsolidierung, und zwar in einem umfassenden Sinn.

Tobias Kurth, Geschäftsführer des Analyse- und Beratungshauses Energy Brainpool, hält viele verschiedene Kombinationen denkbar, die über den Tellerrand hinausgehen. Für Turbinenhersteller etwa kann es sinnvoll sein, sich mit Projektentwicklern und Betreibern von Windparks zusammenzutun. Das kann helfen, Projekt- und Finanzierungspläne zu optimieren, um bei Ausschreibungen erfolgreich zu sein. Anlagenbauer können sich auch mit Serviceanbietern zusammenzutun, etwa um komplexe Lösungen aus dem Zusammenschalten von Windrädern, Solaranlagen und Speichern zu entwickeln.

Die Serie von Übernahmen und Fusionen in der Branche, die 2016 in Gang kam, wird nach Einschätzung von Experten bald richtig Fahrt aufnehmen. Für viele mittelständische Unternehmen mit dünner Kapitaldecke könnte es dann richtig eng werden. Schon ist unter Experten von neuen Oligopolen in der Energiebranche die Rede.

[Frank-Thomas Wenzel](#) Wirtschafts-Autor [Zum Profil des Autors](#)

